

Redebeitrag der Ramazan Avci Initiative bei der Gedenkkundgebung am 21.12.2016

Im Jahre 2010, am 25. Jahrestag der brutalen Ermordung von Ramazan Avci, haben wir uns an diesem Ort versammelt. Wir hatten zuvor unsere Initiative gegründet. Von Anfang an war die Familie Avci/Ayaz ein Teil der Initiative. Unsere Forderung nach der Umbenennung der Straße, der Bushaltestelle, Fahrradmietstation sowie der Errichtung einer Gedenktafel, um an diesen brutalen rassistischen Mord zu erinnern, wurde weitestgehend erfüllt.

Es war uns wichtig, dass dies staatlicherseits und offiziell, jedoch nach unseren Vorstellungen geschieht. Damit sollte die staatliche Verantwortung für das Geschehene symbolisiert werden. Wir fordern dies auch an anderen Orten der Stadt ein. So in der Halskestraße, wo die beiden Vietnamesen Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân im August 1980 nach einem rassistischen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft zum Opfer fielen.

Bis heute erinnert in Hamburg nichts an den Tod von Đỗ Anh Lân und Nguyễn Ngọc Châu. Wir solidarisieren uns mit ähnlichen Forderungen in anderen deutschen Städten. Von der Burak Bektas Initiative aus Berlin werden wir im Anschluss noch einen Beitrag bezüglich ihrer Bemühungen hören.

Der katastrophale und verantwortungslose Umgang der Stadt Mölln wird von Ibrahim Arslan nachgezeichnet werden. Ibrahim Arslan wird erklären, welche Widerstände es in Mölln gibt, und warum ein Erinnern im Sinne der Familienangehörigen dort keine Selbstverständlichkeit ist und nach wie vor erkämpft werden muss.

Wir finden es richtig und wichtig, dass die bestehenden Initiativen sich austauschen und gegenseitig stärken. Eine Selbstverständlichkeit muss es werden, dass gemeinsam mit den Opferfamilien die Formen des Erinnerns und des Widerstands erarbeitet werden.

Wir stehen am Anfang einer neuen Form des Widerstands an, der dazu führen wird, dass etablierte und formalisierte Formen des Erinnerns sich ändern werden. Dies wird mit einer Selbstermächtigung und Subjektwerdung der Opferfamilien einhergehen.

Niemand kann den Familien ihre Angehörigen zurückholen, aber wir können helfen sie aus der ihnen zugewiesenen Objektkontrolle raus zu holen und ihnen eine Stimme zu geben.

Dem Botschaft der Täter, dass die Opfer aus der Gesellschaft gelöscht werden sollen, können wir entgegen treten in dem wir gemeinsam mit den Opferangehörigen erklären: Wir sind hier, und wir sind Teil dieser Gesellschaft. Das Erinnern ist kein Selbstzweck, sondern unsere politische Botschaft.

Wir haben bei den bisherigen Kundgebungen nicht nur an den Mord an Ramazan Avci erinnert, der für uns symbolisch für viele Morde steht, sondern immer wieder aktuelle Entwicklungen aufgegriffen. Das Erinnern an die Morde dient dazu historische Kontinuitäten zu benennen, wenn es um Rassismus geht. Diese Tradition wollen wir fortführen.

Die angebliche europäische Migrationskrise, die scheinbar den Untergang des europäischen Wohlstands verursache und die abendländische Kultur bedrohe, ist die Stunde der Panikmacher. Es geht um die Zerschlagung von Humanität und Menschenwürde. Es geht um die Macht und die Kontrolle über das Denken und Empathie.

Es geht um das Überleben von Millionen Menschen auf der Welt.

Krieg, Vertreibung, Flucht und Migration wird es geben, solange das ökonomische Ungleichgewicht auf der Erde fortwirkt. Wir benennen es immer wieder: Wenn die 62 reichsten Menschen der Erde zusammengenommen genau soviel Vermögen haben, wie die 3,5 Milliarden

ärmsten der Weltbevölkerung, dann sind die Fluchtursachen bekannt.

Nicht die Geflüchteten erzeugen diese Fluchtursachen.

Das militärisch industrielle Komplex und das ausbeuterische globalisierte kapitalistische System stellen eine sehr ernsthafte Bedrohung für die Menschheit und diesen Planeten dar.

Kriege beginnen mit Lügen, die von Geheimdiensten gestreut und von den Medien dann verbreitet werden. Kriege lösen keine Konflikte, sondern schaffen neue. Kriege sichern Rohstoffe, erschließen Märkte und bringen Profit.

Sie werden uns stets aufs Neue als „Notwehr und Selbstverteidigung“, oder als „Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte“ verkauft.

Ohne Waffen und Soldaten kann kein Krieg geführt werden. Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt.

Und mit Hilfe des Militärbündnisses NATO wird das Mittelmeer mit militärischen Mitteln vor Geflüchteten abgeriegelt. Waren Marineeinsätze zu Beginn angeblich noch zur Seenotrettung geplant, ist die Aufgabe inzwischen Kontrolle und Abwehr an den Fluchtrouten.

Geflüchtete als (Kriegs-)feinde an den Außengrenzen. Und die Außengrenzen werden immer weiter ausgeweitet. Vom Hindukusch bis Mali mischt das deutsche Militär mit.

Ägypten und den Maghreb Staaten, sollen dem schäbigen Deal mit der Türkei folgend, ähnliche milliardenschwere Deals des Friedensnobelpreisträgers EU aufgezwungen werden.

Der ägyptische Präsident, der sich zur Macht putschte und von Teilen der EU als Diktator bezeichnet wird, ist als Partner eines Flüchtlingsdeals willkommen.

Für einige Hundert Millionen will er Abgeschobene aus Europa aufnehmen, egal, ob diese jemals in Ägypten waren oder nicht. Die nicht existente libysche Regierung unterschreibt alles, so lange Geld und Waffen fließen.

Ganz Nordafrika entwickelt sich zu einem Internierungslager, gesponsert mit EU Geldern.

Der Präsident des Sudans (Al Baschir) wurde vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Völkermordes per Haftbefehl gesucht.

Länder, die ihn nicht ausliefern wollten, wurden von der EU massiv kritisiert. Gleichzeitig setzt sich die heuchlerische EU mit genau diesem Völkermörder hin und bittet darum, keine Flüchtlinge passieren zu lassen in Richtung Europa.

Der eritreische Diktator wird schon neidisch angesichts des Hofierens des Sudans durch die EU. Er ist viel billiger und willig seine Grenzen dicht zu machen oder in der Wüste Camps zu errichten.

Afghanistan wurde bereits ein Abschiebeabkommen von der EU unter maßgeblicher Regie der deutschen Regierung abgepresst. Die ersten Afghanen, auch aus Hamburg, sind genau vor einer Woche abgeschoben worden.

Die Symbolhaftigkeit der Bilder ist bedeutender als Menschen in den Elend und Tod zu treiben. In diesem Jahr sind in Afghanistan mehr Menschen durch Anschläge getötet worden als in den letzten Jahren zuvor.

Stillschweigend duldet Europa, wie im Falle der Türkei, dass in diesen Ländern Oppositionelle ermordet oder tausendfach in Gefängnisse gesteckt werden, damit die diktatorischen Bündnispartner nicht zu sehr vergrätzt werden. Menschenrechtsaktivist*innen wie die Schriftstellerin Asli Erdogan, Hunderte gewählte Abgeordnete, Rechtsanwält*innen, Bürgermeister*innen können mit einem Pauschalverdacht belegt werden. Nach dem sie dem zivilen Tod durch die vorherige staatliche Hetze ausgesetzt waren, müssen sie in den Gefängnissen um ihr Wohlergehen für Leib und Leben fürchten.

Die Externalisierung der Grenzverteidigung lässt diese Menschenfeinde nun als lupenreine verlässliche Bündnispartner erscheinen.

Im Dutzend der Diktatoren ist die Externalisierung der europäischen Grenzverteidigung ein Billiggeschäft. Schäbige Anbiederungen und das Zucken von Schecks ist die Losung der europäischen Flüchtlingspolitik.

Menschen als Verschiebeware der europäischen Herrenmenschen, wenn sie sich als unqualifiziert oder zu krank erweisen und als billige Arbeitskräfte nicht verwertbar sind. Wenn diese Politik weitergeht, wird demnächst Syrien für sicher erklärt werden. Ein Deal mit dem Mörder Assad ist in dieser Logik nur konsequent. Von der CSU wurden solche Überlegungen schon vor einem Jahr verbreitet.

Wer aber mit den eigenen viel beschworenen Werten und den Menschenrechten so umgeht, muss sich nicht wundern, dass die eigene Glaubwürdigkeit nicht mehr gegeben ist. Rechtspopulisten und Faschisten können so nicht aufgehalten werden. Ganz im Gegenteil bekommen sie Zuwachs, da sie die originären Ideengeber sind.

Europaweite sklavenähnliche und ausbeuterische Beschäftigungen erinnern an den Beginn des Kapitalismus von vor 200 Jahren.

Keiner von uns würde unter dieser Aussicht eine Überfahrt über den Massenfriedhof Mittelmeer wagen. Das Risiko ums Leben zu kommen lag in diesem Jahr bei 1 zu 44. In diesem Jahr sind 4.600 Ertrunkene Menschen zu beklagen. Namenslos und anonym- wie Ausschussware. Es zeigt, welche Verzweiflung diese Menschen antreibt und welche Ignoranz ihnen in Europa entgegenschlägt.

Gleichzeitig werden Menschen im Bundesgebiet zunehmend sozial entrechtet und gesellschaftlich abgehängt. Das Armutsrisiko steigt von Jahr zu Jahr unaufhaltsam, während die Börsenkurse boomen und das Vermögen von Wenigen sich jährlich einseitig erhöht. Das ist der Nährboden für Rechtsextreme und Faschisten.

Es brennen wieder Flüchtlingsunterkünfte und es findet eine rassistische Mobilisierung statt. Die aktuelle Hetze gegenüber geflüchteten Menschen wird im Wahlkampfjahr 2017 ihren bisherigen Höhepunkt erreichen.

So werden rassistische Morde oder rechtsextremistische Angriffe auf Punks, Obdachlose, Linke, Homosexuelle oder Menschen mit Behinderung zunehmen.

Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Frauenfeindlichkeit werden weiter erstarken und medial herausposaunt und weiter gepostet werden, weil angeblich keine Tabugrenzen mehr gelten dürfen. Die Anzeichen für eine globale faschistische gesellschaftliche Ära sind mehr als deutlich. Der Pyrrhussieg in Österreich über die FPÖ wird medial abgefeiert, als ob nicht annähernd 50% der Bevölkerung für den Kandidaten der FPÖ gestimmt hätte.

Leider bleibt der migrantische Protest aus, wenn heute wieder täglich Unterkünfte von Geflüchteten angezündet werden und diese um ihr Leben fürchten müssen. Und wir sind skeptisch, ob ein migrantischer Widerstand erneut möglich sein wird.

Nicht einmal die größte rassistische Mordserie der Nachkriegszeit hat bei türkischen Vereinen oder Verbänden zu einer Mobilisierung geführt.

Was ist fünf Jahre nach dem Aufliegen des NSU Komplexes übergeblieben?

Kein Aufschrei, keine Aufarbeitung, keine Selbstreflexion, kaum eine politische Forderung, die ernsthaft weiterverfolgt wird. Business as usual. Bloß nicht unangenehm auffallen.

Nach wie vor ist es skandalös, dass Hamburg kein Untersuchungsausschuss zur NSU Mordserie errichtet hat. Die Rolle der staatlichen Institutionen, im Falle der Ermordung von Süleyman Tasköprü wird totgeschwiegen. Der Hamburger Senat hat seine Ermittlungsbehörden selbst überprüft und ihnen einen Persilschein ausgestellt. Ist Hamburg von den Rechtsterroristen zufällig ausgesucht worden? Gab es hier tatsächlich keine Helfer des NSU Netzwerks? Und sollen wir ernsthaft glauben, dass es hier keine hochrangigen V-Leute mit NSU Bezug gab, während es den Anschein macht, dass der ganze NSU aus V-Leuten bestand.

Warum soll ausgerechnet Hamburg nicht so gehandelt haben, wie die übrigen Verfassungsschutzämter? Genug hochrangige Neonazis zum Rekrutieren gab es um und in Hamburg seit den 80ern, die immer wieder unbehelligt neue Strukturen aufbauen konnten. Ist dies der Grund, warum Hamburg neben MeckPomm eine Blackbox NSU ist?

Erinnert sei hier nur an einige prominente Figuren wie Michael Kühnen, Jürgen Rieger, Christian Worch und Thomas Wulff. Rene Wulff, der Bruder von Thomas Wulff, war einer der Mörder von Ramazan Avci.

Das systemimmanente rassistische Vorgehen bedingt ein Vertuschen und Vernichten. Die Beteiligung der staatlichen Institutionen an den NSU Morden ist in einer rassifizierten Gesellschaft kein Zufall.

Es gibt kein richtiges Leben im falschen System. Und ja, wir können uns in dieser Gesellschaft auch an Punkten rassistisch verhalten, ohne deshalb überzeugte Rassisten zu sein. Es gilt aus den Fehlern zu lernen, um handlungsaktiv zu bleiben.

Trotz dieser düsteren Aussichten, gilt es den politischen Kompass für eine menschenwürdige und gleichberechtigte Gesellschaft nicht zu verlieren.

Unsere Geschichte können und wollen wir weiterhin selbst bestimmen.

Hierfür müssen wir uns jenseits feiner ideologischer Unterschiede vereint einsetzen. Der Feind steht rechts und seltener in den eigenen Reihen.

Wiederholen wir nicht die Fehler der Vergangenheit.

Die Vorzeichen unserer Zeit erfordern ein viel stärkeres Entgegenstellen gegen Faschismus und Rassismus. Täuschen wir uns nicht selbst und verfallen in Lethargie. Wir bilden nach wie vor die Mehrheit.

Die Proteste gegen den G20 im kommenden Jahr in Hamburg werden dies zeigen. Es gilt diese Mobilisierung und diese Stärke aufzugreifen und fort zu führen. Nach dem Protest ist vor dem Protest.

Seit dem zweiten Weltkrieg kämpfen weltweit Menschen dafür, dass sich der Faschismus und Nationalismus nicht wiederholt. Woanders zahlen Menschen auch mit dem Leben für diesen Kampf. Der Nationalsozialismus hat gezeigt, wie schnell der Tod und Terror über die Menschheit kommen kann.

Von Herrschenden werden Rechte selten gewährt. In verschiedenen Jahrzehnten wurden viele Rechte erkämpft und Fortschritte erzielt.

Die erkämpften Rechte sind nie sicher und müssen stets verteidigt werden.

Wir haben es schon einmal geschafft, sei es auch unter der damals umstrittenen Losung „Antifa heißt Angriff“, die Straße nicht diesen Menschenfeinden zu überlassen.

Was damals gelungen ist, ist heute auch möglich. Wehret den Anfängen!

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!